

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntag- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Strotono: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 39
Hamburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postkassentor Nr. 404 49 Amt Rbln. -

Nummer 240

Kernsprecher Nr. 1

Laasphe, Mittwoch den 14. Oktober 1931

56. Jahrgang

Brüning vor dem Reichstag

Berlin, 13. Okt.

Genau vor Jahresfrist — am 13. Oktober 1930 — hielt der einige Wochen vorher gewählte Reichstag seine erste Sitzung ab. Im Frühjahr vertagte er sich dann und am Dienstag trat er nach über halbjähriger Pause wieder zusammen. Obwohl die Sitzung erst um 3 Uhr nachmittags begann, bot die Umgebung des Reichstages schon um die Mittagszeit das Bild eines besonderen Tages. Die Schutzpolizei hatte den Zutritt zum Reichstag von drei Seiten abgeriegelt. Vor dem Eingang 2, durch den die Abgeordneten das Gebäude betreten mußten, hatten zahlreiche Pressephotographen und Filmoperatoren Aufstellung genommen. Die Polizei hatte in der Leipzigerstraße, wo genau vor einem Jahre bei der Reichstagsöffnung Tumulte stattfanden, und in der Friedrichstraße ständig größere Abteilungen postiert. In der Friedrichstraße hielten zahlreiche Polizeischneidewagen; berittene Schutzpolizei hatte unter der Aufsicht Aufstellung genommen. Schnellwagen durchfuhren dauernd die ganze Umgebung.

Reichstagspräsident Loebe eröffnete die Sitzung um 3.05 Uhr. Die Tribünen waren schon lange vor Eröffnung der Sitzung bis auf den letzten Platz besetzt. Die Regierungsmitglieder sind vollzählig erschienen. Die Plätze der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten sind zunächst unbelegt, nur die Fraktionsführer dieser Parteien sind als „Hörposten“ anwesend. Ein Antrag des Abg. Torgler (R.), die politischen Absperungen um den Reichstag sofort aufzuheben, wird ohne Debatte gegen die Stimmen der Kommunisten, die inzwischen in den Saal eingezogen waren, abgelehnt.

Zu dem einzigen Punkte der Tagesordnung: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung“ gibt der Präsident dann dem Reichstanzler das Wort.

Reichstanzler Dr. Brüning

Von den Kommunisten mit Rufen: „Hungertanzler! Diktator“ empfangen, dankt zunächst den ausgeschiedenen Reichsministern Dr. Curtius, Dr. Wirth und von Guérard für ihre Tätigkeit und führt dann aus: Die Leitung des Wehr- und des Innenministeriums ist in eine Hand vereinigt. Mehr als je zuvor zwingt uns unsere heutige Notlage zu einer einheitlichen Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel, namentlich auch der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen besonderen Machtbefugnisse, gegen alle Bestrebungen und Strömungen, die den Staat zu bedrohen suchen.

Die Leitung des Außenministeriums wird in meiner Hand liegen. Ich werde die Außenpolitik im Geiste der Besprechungen der letzten Monate, vor allem der jüngsten deutsch-französischen, in Berlin, fortführen durch internationale Verhandlungen oder Hilfe des Auslandes. Aber Deutschland hat im letzten Jahrzehnt auf eigenen Leibe mehr als alle Nachbarn gespürt, wie die ungelösten politischen Fragen der Welt die innere Not bis zur Grenze des Erträglichen gesteigert und wachsende Verzweiflung in allen Schichten des Volkes genährt haben. Deutschland hat das Recht, an die Völker der Welt den Appell zu richten, die Bemühungen zu der unerlässlichen solidarischen Zusammenarbeit endlich zur praktischen Tat werden zu lassen. Ich glaube, daß in den vergangenen Monaten in gewisser Fortschritt in solcher Gesinnung erzielt worden ist. Allen Völkern sollte inzwischen lebendig vor Augen geführt sein, daß das Schicksal jedes Staates mehr denn je in der Vergangenheit mit dem Schicksal der Nachbarn verflochten ist. Die verderblichen Folgen politischer Forderungen ohne wirtschaftliche Gegenleistungen haben die gesamte Welt ohne Ausnahme in heute noch unabsehbare Bedrängnis geführt.

Die weitsehende Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hat leider nur eine vorübergehende Erleichterung geschaffen. So groß auch ihre Bedeutung war und so dankbar sie vom deutschen Volk empfunden wurde, schon die Ungewißheit in den Fragen der politischen Zahlungen übt fortgesetzt eine Lähmung auf den internationalen Wirtschafts- und Finanzverkehr aus. Unmittelbare und offene Aussprache, wie sie in Chequers, Paris, London, Rom und hier in Berlin gepflogen wurden und weiterhin zu führen sind, sollen den Weg zur tatsächlichen Solidarität der Nationen ebnen. Denn es muß die Möglichkeit gefunden werden, klare und ehrliche Stimmungen zwischen den Nachbarn zu schaffen. Deutschland fordert bei aller verständnisvollen Rücksichtnahme auf die Lebensnotwendigkeiten der Nachbarn die Verwirklichung des Grundsatzes der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung unter den Völkern. Ich warne vor Augenblidslösungen unter dem Druck dringender materieller Not. Sie würden, auf die Dauer gesehen, schlimmere Folgen haben als der gegenwärtige Zustand.

Die Regierungserklärung kommt sodann auf die Zerrüttung der Kreditwirtschaft der Welt zu sprechen: Die Reichsregierung nimmt für sich als einen Erfolg in Anspruch, daß sie rechtzeitig und als erste im Kreise der Nationen mit entscheidenden Sparmaßnahmen in den öffentlichen Ausgaben und mit möglicher Senkung der Erzeugungskosten begonnen hat. Hierdurch allein ist verhindert worden, daß die gesunden Grundlagen der deut-

schen Volkswirtschaft in den vergangenen Monaten völlig erschüttert worden sind. Das Beispiel der Reichsregierung hat Nachahmung in der ganzen Welt gefunden. Die Reichsregierung ist durch Entschlüsse, die allerdings hart und unpopulär waren, in die Lage versetzt, gerade in dieser Zeit zur Rettung der Privatwirtschaft schwebende Schulden von nahezu 300 Millionen Mark zurückzahlen. Die Krise des englischen Pfundes, deren endgültige Lösung noch nicht sicher beurteilt werden kann, stellt Reichsregierung und Reichsbank vor neue Aufgaben. Noch stärker als in den vergangenen Monaten ist eine Einstellung der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik aufeinander und eine Anpassung des deutschen Selbstkosten- und Preisniveaus an die wirtschaftliche Entwicklung nötig.

Die Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Rates hervorragender wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat in Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten beschlossen, einen Wirtschaftsbeirat zu ernennen, der der Reichsregierung in der wechselläufigen Entwicklung der Krise zur Seite stehen soll. Mit ihm gemeinsam wird in kurzer Frist ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet. Dieses Programm hat als erste Voraussetzung die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden darf. Von entscheidender Wichtigkeit ist die Durchführung eines Planes zur Tilgung der kurzfristigen Schulden und eine endgültige Klärung der Reparationsfrage.

Sodann kommt die Erklärung auf die hohen Zinslasten

zu sprechen, die auf der deutschen Wirtschaft ruhen: Die Kreditfrage für Mittelstand, kleinere und mittlere Industrie muß auch bei der Bankenpolitik in der Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben sein. Landwirtschaft, Grundbesitz und Industrie leiden unter zu hohen Zinslasten. Ihre Senkung ist ein anderes unerlässliches Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten, wenn wir nicht zu einer völligen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft kommen wollen. Nur in diesem Gesamtrahmen wird es möglich sein, zu verhindern, daß das deutsche Volk an der Sozialpolitik überhaupt irre wird. Die

Sozialpolitik

muß allerdings derart gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten anfügt. Dabei kann an dem verfassungsmäßig verbrieften Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer nicht vorbeigegangen werden. Vor allem gilt das auch für den Tarifgedanken, der als solcher gesund ist und erhalten werden muß, aber größerer Elastizität in der Handhabung bedarf. Die Tarife müssen veränderten Verhältnissen schneller angepaßt werden können. Mit einer solchen Politik muß Hand in Hand gehen die Behandlung der Kartellfrage, da die Preisgestaltung den wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen und der gesunkenen Kaufkraft im Inlande schnell angepaßt werden muß.

Eine Verzinsung und Tilgung der kommerziellen Schulden des Deutschen Volkes ist nicht möglich, wenn den deutschen Waren die Weltmärkte in fortschreitendem Maße gesperrt werden. Die Reichsregierung ist gewillt, alle Schritte zu tun, um einer solchen Politik zu begegnen. Ebenso klar ist sie sich allerdings darüber, daß die

Bedeutung des Binnenmarktes

in der kommenden Zeit stärker in den Vordergrund treten wird. Diesem Ziele dienen auch die Pläne einer erweiterten und beschleunigten Siedlung auf dem Lande und im Vorfeld der Städte, die gleichzeitig eine feelische Entlastung von dem Druck der Arbeitslosigkeit bringen.

Alle im Inland vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen bis auf das letzte ausgenutzt werden, zumal die Notwendigkeit besteht, mit den vorhandenen und anfallenden Devisenbeständen sparsam zu wirtschaften. Einschränkungen der Einfuhr werden im wesentlichen dort erfolgen müssen, wo die heimische Produktion, insbesondere die Landwirtschaft, die vorliegenden Bedürfnisse ausreichend und zu anschauflichen Preisen decken kann. Damit entspricht die Reichsregierung auch den Mahnungen der Baseler Sachverständigen.

Die Regierungserklärung sagt alsdann, gerade weil das deutsche Volk, wenn es Gerechtigkeit, Zielklarheit und Hoffnung auf einen Enderfolg sieht, zu den schwersten Opfern befähigt sei, sei es Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß alle Veruche der Ausnutzung der Notlage des Staates und der Wirtschaft durch unwahrhafte Agitation verhindert werden. Aus diesem Grunde seien durch mehrere Notverordnungen eine Reihe von scharfen Maßnahmen getroffen, die dem arbeitssamen und ordnungsliebenden deutschen Volke die Gewißheit geben sollen, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auch für die Zukunft gewährleistet ist. Die Erklärung gedenkt hierauf der Bedeutung eines pflichttreuen-tätigen Berufsbeamtentums und schließt:

Entscheidend im Ganzen ist der richtungsgebende Wille. Der Wille zur nationalen Selbstbehauptung, zur Freiheit,

aber auch zur Selbstzucht und zum Opfer für das Vaterland. Diesen Willen in unserem Volk und besonders in unserer Jugend zu wecken, steht die Reichsregierung als ihre wichtigste Aufgabe an. Das Volk und vor allem die Jugend muß vor den Einflüssen der Zerlegung geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt sein. Die Reichsregierung wird alle Kraft in den Dienst ihrer vornehmsten Aufgabe zur Rettung des Vaterlandes stellen.

Die Aufnahme der Regierungserklärung.

Die Verlesung der Regierungserklärung wurde von den Kommunisten wiederholt durch laute Rufe unterbrochen: „J.G.-Farben in der Regierung!“, „Militärdiktatur!“, „Auslaugung des Volkes!“ Von den Mittelparteien und an einigen Stellen auch von den Sozialdemokraten kommen Zustimmungsrufe zu einzelnen Sätzen der Erklärung. Die Betonung der Notwendigkeit der Währungsstabilität wird mit Beifallsklatschen begrüßt, ebenso die Versicherung, daß der Ausnutzung der Volksnot durch unwahrhaftige Agitation mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden soll.

„Die Parteien tragen die Verantwortung“

Nach der Verlesung der Regierungserklärung wandte sich Reichstanzler Brüning insbesondere gegen die Kritik, welche seine Regierungstätigkeit von der nationalen Opposition her erfahren hat. In scharfen Worten verteidigt er seine Politik und er würde lieber demissionieren als den Weg des Zögerns und Wartens aufzugeben. In einer wirklichen von allen Parteien getragenen Regierung würde er sich mit dem geringsten Posten zufrieden geben, aber er würde eine einseitige Flügelrichtung ablehnen.

Er könnte es sich leichter machen, indem er mit der Rechten eine Politik unter Anlehnung an das englische Pfund machen würde, aber er müsse jegliche Inflation und einseitige Anfurberung der Wirtschaft von der Lohnseite her ablehnen.

Gerade die Bankkontrolle und die Eingriffe in die Kartellwirtschaft sollten der Opposition beweisen, daß die Regierung Auswüchse vermeiden wolle, weshalb die Opposition gar keinen Anlaß zur Verbreitung von Krisengerüchten hätte. Deutschland wäre nun soweit, daß es den Ausblick in eine bessere Zukunft schon vor sich hätte, während die anderen Völker erst noch in das Dunkel der Deflationstrübe hinein müßten. Heute wäre nicht mehr die Gewißheit des Unterganges 90 Prozent, wie bei der Regierungsübernahme durch Brüning, sondern man könne schon das Verhältnis zwischen Glück und Unglück mit 50 zu 50 Prozent berechnen. Für den kommenden Winter stünden ausreichende Lebensmittel zur Verfügung. Die öffentlichen Finanzen kämen langsam aber sicher in Ordnung. Wenn noch die internationale Zusammenarbeit hinzukommt, so müßte es sonderbar zugehen, wenn wir nicht über den kommenden Winter hinwegkämen. Der Reichstanzler schloß mit den Worten:

Durch Kritik, Angriffe und Verwarnungen lasse ich mich nicht beirren. Ich stehe vor Ihnen, ich habe Ihnen mein Programm gesagt. Sie, die Parteien, tragen nun die Verantwortung für das, was kommen wird.

Von den Mittelparteien kommen am Schluß der Rede lebhaft Beifallskundgebungen. Der kommunistische Abgeordnete Grube ruft dreimal Rot-Front hoch! und wird deshalb von Präsidenten Loebe für zwei Tage von den Sitzungen ausgeschlossen. Gegen 4.30 Uhr verläßt der Präsident die Aussprache über die Regierungserklärung auf Mittwoch 12 Uhr.

Die Sozialdemokraten für Brüning.

Berlin, 14. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Dienstag ohne Aussprache, die gegen das Kabinett Brüning vorliegenden Mißtrauensanträge abzulehnen.

Unter dem Vorfig Hindenburgs!

Berlin, 14. Oktober.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den Reichstanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er sich bereit erklärt, in den gemeinsamen Sitzungen der Reichsregierung und der Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertreter den Vorfig zu übernehmen, soweit allgemeine grundlegende Fragen zur Erörterung stehen.

Gegen Inflationsexperimente.

Erklärungen der Volkspartei und der Industrie.

Berlin, 13. Okt. Nach einer Äußerung der National-liberalen Korrespondenz haben — entgegen den Behauptungen eines Blattes — Vertreter des Langnam-Bereichs dem Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, kein politisches Ultimatum gestellt. Auch sei von keiner Seite der Gedanke einer Inflation mit einem solchen Ultimatum an die Partei verbunden worden.

Die Deutsche Volkspartei würde solche Methoden auch auf das Entschiedenste ablehnen. Währungspolitische Experimente aller Art fänden bei der Reichstagsfraktion und ihrer Führer entschiedenen Widerstand.

Düsseldorf, 13. Okt. In einigen Blättern war behauptet worden, daß die westfälische Industrie eine Inflationspolitik verfolge. Der Langnamverein erklärt dazu: „Noch am 29. September haben die Spitzenverbände in einer gemeinsamen Tagung den Herrn Reichskanzler die grundlegende Notwendigkeit zum Ausdruck gebracht, die Währung gesund zu erhalten und die Gefahren, die ihr von der Beibehaltung einer falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik drohen, rechtzeitig zu beseitigen. Jedes Währungsexperiment müsse ganz entschieden abgelehnt werden. Der Langnamverein steht auch heute noch voll und ganz hinter dieser Erklärung.“

Preussischer Landtag.

Die Mißtrauensanträge gegen das Staatsministerium.
Berlin, 14. Oktober

Der Preussische Landtag trat zu seinem ersten Sitzungsschnitt nach der Sommerpause zusammen.

Das Haus beginnt die gemeinsame Beratung der Mißtrauensanträge gegen das Staatsministerium sowie gegen den Innenminister und Kultusminister und der übrigen Anträge zur Politik der preussischen Staatsregierung.

Als dieser Punkt der Tagesordnung aufgerufen wird, ruft Abg. Kasper (Komm.): „Nieder mit der preussischen Hungerregierung!“ Die Kommunisten erheben sich und stimmen dreimal in den Ruf „Nieder!“ ein.

Auf der Regierungsbank hat Innenminister Severing Platz genommen.

Abg. Steinhoff (Dnat.) verliest folgende Erklärung: „In Uebereinstimmung mit den Harzburger Willenserklärungen der nationalen Opposition fordert die deutsch-nationale Fraktion des Preussischen Landtags die sofortige Auflösung dieses Landtages, dessen Zusammensetzung, wie nicht nur die Zahlen der Wahl vom 14. September 1930, sondern auch die Zahlen des unter einem ungeheuerlichen Beeinflussungsteror gestellten Stahelmoosentscheids bewiesen haben, seit langem nicht mehr der politischen Einstellung der preussischen Wähler entspricht. Gleichzeitig fordern wir den sofortigen Rücktritt des gegenwärtigen Staatsministeriums auf Grund des allgemeinen tiefen Mißtrauens, das ihm aus allen Teilen Preußens von einer überwältigenden Mehrheit — auch aus Wählerkreisen, die einst hinter den sogenannten Regierungsparteien standen — in steigendem Maße entgegengebracht wird.“

Abg. Kasper (Komm.)

nennt in Begründung des kommunistischen Mißtrauensantrages die Regierung Braun die maßvollste Stütze der bankrotten Reichsregierung. Ein System, das wie das jetzige kapitalistische, bei Ueberfluß an Lebens- und Bedarfsmitteln in den Speichern Millionen Menschen hungern und frieren läßt, müsse hinweggesetzt werden. Von den 17 kommunistischen Zeitungen Preußens sei gegenwärtig nur eine einzige nicht verboten (hört, hört! bei den Komm.).

Abg. Winger (Soz.) begründet die Große Anfrage seiner Partei über pflichtwidriges Verhalten von Polizeibehörden im Regierungsbezirk Breslau damit, daß vielfach nicht unachtsamlich genug gegen Störungen durch Nationalsozialisten und Stahlhelm vorgegangen werde.

Abg. Dr. Böcker (Dnp.) führt zur Begründung der Anfrage seiner Fraktion aus, daß beim Stahelmoos-Entscheid auf Landtagsauflösung Eingriffe in die Meinungsfreiheit der Beamten verübt worden seien, obwohl Minister Severing im Landtag ausdrücklich erklärt habe, die Beamten hätten keine Nachteile zu erwarten.

Regierungsvertreter beantworten dann die Interpellationen der Fraktionen.

Abg. Dr. Bohner (Staatspartei) begründet hierauf den Antrag seiner Freunde auf Herabsetzung der Altersgrenze der Beamten und Lehrer mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit und dem Wunsch, die Jugend in den Arbeitsprozeß einzufassen.

Um 16½ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr: Wahl des dritten Vizepräsidenten und politische Aussprache.

Englischer Wahlkampf verschärft.

Lloyd George greift ein.

London, 14. Oktober

Die Reizung, den englischen Wahlkampf durch gewisse bürgerliche Vereinbarungen in einzelnen Bezirken zu entspannen, war gewiß bei allen Parteien vorhanden. Die Konservativen wollen offenbar in diesem Wahlkampf ihre Auffassung in Fragen des Schutzes durchdrücken, und so drohen sie den Liberalen unter Führung Samuels an, daß sie sich doch genötigt sehen dürften, Gegenkandidaten aufzustellen.

Gleichzeitig wird diese liberale Gruppe dadurch erneut unter Druck gesetzt, daß Lloyd George mit großer Aktivität in den Wahlkampf eintritt und alle Kräfte seiner Taktik spielen läßt. Er ruht die Tatsache aus, daß die abgeworfene Gruppe keinen eigenen Wahlfonds besitzt, während er selbst als Parteiführer die Verfügung über sehr erhebliche Mittel hat. Aus diesen Mitteln erklärt er sich bereit, Kandidaturen zu unterstützen, die das Programm des Freihandels unbedingt zu dem ihrigen machen, und so stehen in der Zollfrage die Samuel-Liberalen zwischen zwei Feuern.

Auf der anderen Seite hat Lloyd George Vereinbarungen mit der Arbeiterpartei angebahnt, die zu dem Ergebnis führen scheinen, daß hier wenigstens in einzelnen Wahlkreisen, so vor allem in dem Lloyd Georges selbst befrieden gehalten wird.

Deutschland und Rußland.

Einstellung des deutschen Schiffsverkehrs nach Rußland.
Hamburg, 13. Oktober.

Der Verband deutscher Reeder hat beschloßen, keine deutschen Schiffe mehr nach Rußland zu entsenden.

Der Grund zu dieser Maßnahme besteht darin, daß es in den letzten Tagen auf einer Anzahl der in Leningrad und Odessa liegenden deutschen Schiffe zu Arbeitseinstellungen gekommen ist, die nach Auffassung der Reeder von

maßgebenden russischen Kreisen nicht nur geduldet, sondern sogar unterstützt worden seien.

Von dem Streik deutscher Seeleute in russischen Häfen werden 41 deutsche Schiffe betroffen. Der Verband deutscher Reeder, der alle großen und fast sämtliche kleinen deutschen Reedereien umfaßt, hat die fristlose Entlassung der streikenden Mannschaften beschloßen und Zahlungen an deren Angehörigen gesperrt. Gegen die Streikenden werden Strafanträge wegen Meuterei gestellt werden. Zum Austausch der Mannschaften sollen Schiffe mit Arbeitswilligen nach den russischen Häfen entsandt werden. Ueber die Ursachen des Streiks ergibt sich aus Nachrichten von Leningrad und Odessa, daß es sich nicht etwa um Lohnkämpfe auf den bestreikten Schiffen handelt, sondern um einen „Sympathiestreik“ für einen angeblichen Streik in deutschen Häfen, der jedoch nicht zum Ausbruch gekommen ist. Die Lage ist offensichtlich verworren.

Chinesisch-japanische Verhandlungen.

Newport, 13. Okt. Wie aus Tokio gemeldet wird, wurde von dem Außenminister Shidehara und von dem chinesischen Gesandten in Tokio der Versuch gemacht, zur Regelung der mandchurischen Streitfrage in Verhandlungen einzutreten.

Politische Tageschau.

Erklärung des Reichswehrministers zur Uebernahme des Reichsinnenministeriums.

Ein amerikanisches Nachrichtenbüro veröffentlicht folgende Erklärung, die Reichswehrminister Dr. Gröner dem Berliner Vertreter des Büros zur Verfügung gestellt hat: Die schweren wirtschaftlichen Nöte, die das Leben des deutschen Volkes bedrohen, können dann überwunden werden, wenn sich alle politischen Kräfte unter klarer zielbewusster Führung zu positiver Arbeit am Vaterlande zusammenfinden. Diese Arbeit kann nur auf dem Boden von Gesetz und Verfassung geleistet werden und ihr müssen die Machtmittel des Staates einheitlich dienen. In keinem Lande der Welt ist eine solche Zusammenfassung der Kräfte notwendig, wie in Deutschland. Denn keines ist durch die Wählerarbeit des Bolschewismus so bedroht, während Deutschland durch den Vertrag von Versailles in einem Grade entwaffnet ist, der in der Geschichte ohne Beispiel ist. Wenn ich jetzt außer dem Posten des Reichswehrministers auch den des Reichsinnenministers übernehme, so tue ich das in der Absicht, die in diesen beiden Ministerien beruhenden Machtmittel des Reiches gemeinsam zu leiten, die Einheitlichkeit und Gerechtigkeit der Exekutive im ganzen Reich gegen parteipolitische Beeinflussung zu sichern, und um das Interesse des Reiches gegenüber allen Parteien durchzusetzen. Auf diese Weise werden die Voraussetzungen dazu erfüllt werden, daß Deutschland innerlich gekräftigt wird und an einen neuen Aufbau herangehen kann.

Südafrikanische Union und Goldstandards.

Wie Londoner Blätter melden, wird es als möglich betrachtet, daß die Regierung der südafrikanischen Union gezwungen sein werde, dem Beispiel von Nord- und Südrhodesia zu folgen und den Goldstandard zu suspendieren. Bankiers von Pretoria seien der Ansicht, daß andernfalls die südafrikanischen Exporteure außerstande sein werden, mit britischen Gütern in Wettbewerb zu treten.

Die Harzburger Tagung.



Unser Bild zeigt: In der vorderen Reihe 2. von links Seidte, Führer des Stahlhelm, 5. von links Gehelmat Hugenberg, der Vorsitzende der DNVP.



Adolf Hitler, der Führer der NSDAP, schreitet mit seinem Stabe die Front ab.

Aus der Heimat

Mittwoch, den 14. Oktober 1931

Vom Krankein.

Jetzt ist wieder die Zeit der herbstlichen Erkältungen. Und gerade die Tatsache, daß diese ersten Oktobertage warm sind und viel Sonne haben, während es in den Nächten doch schon erheblich abkühlt, sollte die Menschen vorsichtig machen. Wer sich am Mittag schaut, den Mantel zu tragen, der wird dies sehr oft am Abend bereuen müssen. Doch nicht alle Anzeichen angegriffener Gesundheit deuten auf Erkältung bzw. entwideln sich wirklich zu dem, was man gemeinhin Erkältungen zu nennen pflegt. Bei einem ist die Sache zumeist mit einem gehörigen Schnupfen abgetan, der andere zieht sich unter den gleichen Voraussetzungen vielleicht ein Nierenleiden zu, Grippe und Rheuma sind ungern gesehene, aber trotzdem häufige Gäste. Es ist natürlich nicht jedermanns Sache, wegen eines mehr oder weniger leichten Unwohlseins gleich den Arzt zu konsultieren. Sehr oft kuriert sich die anziehende Krankheit von selbst, wenn man den Patienten einige Tage ins Bett steckt und ihn gehörig schwitzen läßt. Umschläge und sonstige bekannte Hausmittel wirken oft Wunder. Versucht wäre es jedoch, daraus zu schließen, daß jede Krankheit und besonders all das, was man für eine Erkältung hält, auf die leichteste Art und Weise wieder in Ordnung gebracht werden könne. Sehr oft verbirgt sich hinter unbedeutendem und gar nicht für beachtenswert gehaltenem Anfang eine schwere und lebensreiche Fortsetzung, die vermieden oder mindestens stark in ihren Auswirkungen gemildert worden wäre, wenn rechtzeitig der Arzt zu Rate gezogen worden wäre. Und letzten Endes kann es ja auch einer wirklichen Grippe nie etwas schaden, wenn sie in fachmännische Behandlung kommt und wenn ihr von vornherein in sachgemäßer Weise der Garaus gemacht wird.

3. Südamerikafahrt 1931 des Luftschiffs „Graf Zeppelin“. In der Nacht vom 16. zum 17. Oktober tritt das Luftschiff „Graf Zeppelin“ die 3. Südamerikafahrt 1931 an. Im Anschluß an die Landung in Pernambuco findet wieder ein Sonderflug des Condor-Synbifats statt, der sich diesmal über Rio de Janeiro hinaus bis Buenos Aires erstrecken wird. Dieser gemeinsame Luftschiff- und Flugzeugdienst bietet eine günstige Gelegenheit zur Beförderung von Postsendungen nach Brasilien, Uruguay, Paraguay, Argentinien, Chile und Bolivien. Zur Beförderung mit dieser Fahrt werden erstmalig auch Drucksachen, Warenproben, Geschäftspapiere und Mißsendungen zugelassen. Für gewöhnliche Postkarten beträgt die Gesamtgebühr wie bisher 2 Mark; gewöhnliche Briefe dürfen das Einzelgewicht von 20 Gramm überschreiten, die Gesamtgebühr beträgt für Briefe bis 20 Gramm 4 Mark, für jede weiteren 20 Gramm 2 Mark. Für Drucksachen, Warenproben, Geschäftspapiere und Mißsendungen wird eine Gesamtgebühr von 1 Mark für je 50 Gramm erhoben. Die Postsendungen sind bis heute unter Umhang an das Postamt in Friedrichshafen (Bodensee) einzuliegen, eingeschriebene Postsendungen können bei allen Postämtern aufgegeben werden.

Verdachtsballone. Vom 13. bis 15. Oktober ds. Js. steigen in vielen Orten Europas (auch in Deutschland) auf wissenschaftlichen Zwecken unbemannte Verdachtsballone auf. Der Fieber eines solchen Ballons wird gebeten, ihn samt dem daran befindlichen Selbstschreibegerät sorgfältig zu behandeln und nach der am Ballon oder am Gerät befindlichen Anleitung zu verfahren. Es wird betont, daß mit Rücksicht auf die Gegenständigkeit ausländische Ballone gerade so behandelt werden müssen wie die deutschen. In der Regel zählt die den Ballon absendende meteorologische Anstalt dem Fieber eine angemessene Belohnung. — Die Ballone sind mit dem leicht brennbaren Wasserstoff gefüllt, daher ist Vorsicht geboten. In Zweifelsfällen wende man sich an die nächste Ortspolizeibehörde oder Landeswetterwarte.

Eine neue Verordnung über das Auslegen von Giften in Feld und Flur ist jetzt vom Landwirtschaftsminister erlassen worden, um einer mißbräuchlichen Verwendung von Gift bei der Bekämpfung tierischer Schädlinge vorzubeugen. Sie ist am 1. Oktober in Kraft getreten. Als Auslegen in Feld und Flur gilt solches Beginnen außerhalb von Gebäuden oder des sonstigen befriedeten Bestandes. Darunter wird jedes Dautvert verstanden, das Personen, Tieren oder Sachen Schutz bietet. Auch Wohnlauben und Jagdhütten rechnen dazu. Ein Bestimmung ist daran zu erkennen, daß es für andere abgegrenzt ist. Schiffe fallen nicht unter die Verordnung. Als Gifte gelten besonders bestimmte Zubereitungen. Die Vergasung der Baue schädlicher Tiere, das Ausstreuen aus Flugzeugen, die Verteilung von Wärmern und Schneeden gehört nicht zum Wirkungsbereich der Bestimmung. Das vergiftete Getreide für Mäuse und Ratten ist so anzubringen, daß andere Tiere nicht damit in Berührung kommen. Weitere Vorschriften regeln die Handhabung für die Bekämpfung der Nebel- und Rabenkrähen mit Ausnahme des Rotkrabens, ferner der Eßern, wildernden Hunde und Katzen. Auch das Festhalten der Mittel unterliegt besonderen Bestimmungen.

Keine allgemeine Fristverlängerung für Steueramnestie und Vermögenserklärung. In der Presse ist in den letzten Tagen wiederholt behauptet worden, daß die Fristen für die Steueramnestie und die Vermögenserklärung allgemein bis zum 15. November 1931 verlängert werden sollten. Diese Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung und die Amnestiefrist (ebenso die Fristen für die Abgabe von ausländischen Familiensituationen und ausländischen Beteiligungen) enden mit Ablauf des 15. Oktobers 1931. Eine weitere allgemeine Verlängerung dieser Fristen ist nicht beabsichtigt. Da jedoch manche Anleihezeichner unter den gegenwärtigen Verhältnissen die benötigten Mittel nicht flüssig machen können, hat die Reichsbahn-Gesellschaft angeordnet, daß die erste Rate auf die Zeichnungsbeträge nicht am Zeichnungstage, sondern erst am 5. Januar 1932 entrichtet zu werden braucht.

Steuerfreie Reichsbahnleihe 1931. Nach § 12 der zweiten Steueramnestieverordnung (RGBl. 1931 Teil 1 S. 503 ff) kann der zur Erlangung der Steueramnestie erforderliche Nachweis, daß jemand bis zum Ablauf der Amnestiefrist Reichsbahn-Anleihe erworben hat, nur durch eine besondere Bescheinigung geführt werden. Zur Ausstellung dieser Bescheinigung sind nach § 12 Abs. 3 der Verordnung auch inländische Notare berechtigt. Zeichnet ein Notar im eigenen Namen, aber im Auftrage eines Steuer-

pflichtigen Reichsbahn-Anleihe, so wird die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft den Notar aus der Zeichnung nur insoweit in Anspruch nehmen, als der von ihm Vertretene seinen Verpflichtungen nachkommt, auch wenn der Notar bei der Zeichnung nicht zu erkennen gegeben hat, daß die Zeichnung für fremde Rechnung erfolgt.

Wetterausichten für Donnerstag: Erneut aufsteigend.

Laasphe:

* Die Ferien sind zu Ende. Nach Ablauf der Ferien öffnen heute die Schulen wieder ihre Pforten. Leuchtende Herbstsonne vergoldete nach verregnetem Sommer diese letzten Ferien und bot willkommenen Erholung im Freien. Leider wird so mancher Junge und so manches Mädchen den früheren Lehrern nicht mehr sehen, da inzwischen der gewaltige Abbau von evangelischen Lehrkräften die Reihen der Volkserzieher erheblich gelichtet hat. Zum Segen unserer schulpflichtigen Jugend wird diese Abbaumaßnahme bestimmt nicht sein. Von dem Abbau wurden an der hiesigen Aufbauschule Herr Studienassessor Großschupp und an der hiesigen Volksschule Herr Lehrer Mönkemöller betroffen. Bei Beiden handelt es sich um beliebte Lehrer mit pädagogischen Fähigkeiten, deren Ausscheiden aus dem Unterricht an den hiesigen Schulen von den Eltern der Kinder lebhaft bedauert wird.

* Zu der großen Zahl Junglehrer, die seit vielen Jahren auf ihre Einberufung warten, tritt eine vielleicht noch größere Zahl junger Lehrer, die aufgrund der neuesten „Sparsamkeitsmaßnahmen“ abgebaut werden. Während es erstens zum großen Teil möglich war, vorübergehend in einem anderen Beruf Unterschlupf zu finden, um sich so während der langen Wartezeit über Wasser halten zu können, scheitert diese Möglichkeit für die zur Entlassung kommenden Lehrer so gut wie vollständig aus. Es liegt dies in dem zunehmenden Rückgang unserer Wirtschaft begründet. Mancher junge Lehrer, der inzwischen einen eigenen Hausstand gegründet hat und nun sozusagen vor dem Nichts steht, geht einer recht schwierigen Zeit entgegen. Ein unhaltbarer Zustand ist es daher, wenn angesichts dieser unüberwindlichen Not verheiratete weibliche Lehrpersonen, deren Männer ebenfalls im Lehrerberuf tätig sind, nach wie vor im Alte bleiben. Kampf den Doppelnot, wie er heißt, die Parole schon lange, aber wie sieht es in Wirklichkeit in dieser Beziehung aus? Angesichts der geschilderten Verhältnisse ist die Befreiung derartiger Beurlaubungen ein Gebot der Stunde. Es kann nicht länger die Aufgabe einzelner Volksschichten sein, die Not der Zeit auszuhalten, während andere herrlich in Freuden leben. Die Not ist die Not des ganzen deutschen Volkes und sie ist nur dann mit Aussicht auf Erfolg zu bekämpfen, wenn sie von jedem Einzelnen in gebührendem Maße getragen wird. K.

* Zu dem heutigen Schweinemarkt waren 145 Ferkel und Käufer aufgetrieben. Der Besuch war äußerst gut und die Kaufkraft rege, so daß die Händler ihre Ware fast reiflos absetzen konnten. Die Preise bewegten sich im allgemeinen für 6-8 Wochen alte Ferkel zwischen 12 und 14 Mark und für solche von 8-10 Wochen zwischen 14-20 Mark. Für Käufer wurden 20-22 Mark gefordert. Der Krammarkt war wie immer ohne jede Bedeutung.

Erndtebrück:

Kartoffel-Sammlung. Bevor die Winter-Nothilfe ins Leben gerufen war, hatte Gemeindevorsteher Sureth bereits mit einer Kartoffelsammlung für den gleichen Zweck begonnen, die, obgleich sie heute noch nicht abgeschlossen ist, schon ein recht erfreuliches Ergebnis gezeitigt hat. Das Resultat ist um so beachtenswerter, als eine Anzahl größerer Wirtschaften um eine Zuwendung noch nicht angegangen sind. Wenn daher heute schon etwa 70 Zentner zur Verfügung stehen, wird man bis zum Abschluß der Sammlung mit etwa 100 Zentnern rechnen dürfen. Da auch in sonstigen Lebensmitteln bereits Zuwendungen in Aussicht stehen, wird viel Not im kommenden Winter gemildert werden können. Vergessen wir aber nicht, daß der Winter recht lang ist und daß aller Voraussicht nach die Not in immer zunehmendem Maße an die Türen pocht und immer weitere Kreise ergreift. Wir werden uns daher Aufgeben gegenüber gestellt sehen, von denen wir heute wohl kaum eine rechte Vorstellung haben. In ihrer Lösung mitzuhelfen, ist die erste und dringende Aufgabe eines jeden, der dazu in der Lage ist.

Willst du glücklich sein im Leben,
Frage bei zu andrer Glück,
Denn die Freude, die wir geben,
Rehrt ins eigne Herz zurück.

Aus Nah und Fern.

— Aus dem Breidenbacher Grund. Reicher Kartoffelregen — aber gute Nachfrage. Wer jetzt durch unsere Gebirgsdörfer wandert, sieht sich unwillkürlich in eine andere Zeit versetzt. Mächtig beladene Wagen mit Kartoffeln und Gemüsen lassen den durchkommenden Auto kaum Raum, vorbeizukommen. Überall herrscht auf den Straßen und Feldern ein Betrieb, der mit der Arbeitslosigkeit unserer Zeit nichts gemein hat. Wer selber keine Scholle sein eigen nennt, schließt sich dem Besizer an, um ihm zu helfen und evtl. auch für sich noch etwas für den Winter einzuhelfen. Im Umgang sehen es, als ob für den reichen Kartoffelregen nicht genügend Abnehmer da seien, doch bald änderte sich das Bild, heute sind in manchen Dörfern schon keine mehr zu haben. Der Preis beträgt 2 und 2,10 Mark pro Zentner.

— Straßensperre. Kein Falschgeld hergestellt. Wie man von unterrichteter Seite zu der Falschmünzherstellung erfahren hat, ist bisher weder Falschgeld hergestellt noch verausgabt worden. Der Verdächtige, ein angeblicher Kunstmaler aus Frankfurt, ist über die ersten Vorbereitungen zur Anfertigung von Falschnoten nicht hinausgekommen. Der Maler hatte hier einen Raum gemietet, den er nach seinen Angaben zum Malen und Photographieren benutzen wollte. Bei der am Samstag erfolgten Durchsuchung des Ateliers, dessen Mieter inzwischen spurlos verschwunden ist, fand man die Photographie eines Falschnotens. Ein photographischer Apparat wurde beschlagnahmt. Dieser Einwohner ist in die Affäre nicht verwickelt.

— Marburg. Prinz August Wilhelm von Preußen in Marburg. Am kommenden Donnerstag, dem 5. Oktober, wird in einer großen Versammlung der

Nationalsozialisten in den Stadthallen Prinz August Wilhelm von Preußen sprechen. Als weiterer Redner für diese Versammlung sind vorgeesehen der Provinziallandtagsabgeordnete W. Guntz aus Mülhausen in Thüringen und der Reichstagsabgeordnete Emil Stütz aus Welpen-Hüttenau (Ruhr). Das Thema der Versammlung, die um 8.30 Uhr beginnt, lautet: „Der Nationalsozialismus im Kampf um Deutschlands Freiheit“.

Leipzig, 14. Okt. Der Maurer Hermann Rünne aus Meserunde wurde im Juli vom Schwurgericht Verden wegen Ermordung der siebenjährigen Ingeborg Bopp aus Bremerhaven zum Tode und zum dauernden Verluste des bürgerlichen Ehrenrechtes verurteilt. Der dritte Strafsatz des Reichsgerichts hat die Revision Rünnes verworfen. Rünne ist wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Kindern, wiederholt und zum Teil sehr schwer verurteilt. Er hat auch schon einen Teil seines Lebens in Irrenanstalten zugebracht.

Schwarzbrennerei. Eine größere Gesellschaft von Schwarzbrennern und Brantweinschneidern wurde in den letzten Wochen durch die Zollfahndungsstelle Stuttgart ausgehoben. Von der Schwab. Alb gingen die Fäden ins badische Oberland, nach Mittelbaden, ins Neckartal, die Pfalz, das Rheinland und nach Bayern. In aufreibender, Tag und Nacht andauernder Tätigkeit ist es den Beamten gelungen, etwa 12 Personen der Brantweinmonopolhinterziehung und anderer Vergehen zu überführen; verschiedene mußten in Untersuchungshaft gebracht werden. Eine gut eingerichtete Geheimbrennerei war schon 6 Jahre betrieben, eine andere mit Dampf betriebene Geheimbrennerei war erst vor zwei Monaten errichtet worden. Aus einer Verschlußbrennerei wurden erhebliche Mengen Brantwein heimlich entnommen und in verschiedenen Abfindungsbrennereien wurden bedeutende Stoffmengen widerrechtlich verarbeitet. Der verbotswidrig gewonnene Brantwein wurde ungefähr zur Hälfte des gesetzlichen Mindestpreises gehandelt und ging häufig durch viele Hände.

Traktor mit Eisenbahnzug zusammengefahren. Wie die Reichsbahndirektion Trier mitteilt, ist auf einem unbesetzten Bahnübergang bei der Station Ursfeld an der Strecke Andernach—Gerolstein ein Traktor, der einen leeren Wagen beförderte, mit einem Personenzug zusammengefahren. Der Traktor hatte zuerst ein langsames Tempo, versuchte dann aber im letzten Augenblick vor dem Zug die Gleise zu passieren. Der Fahrer, 27 Jahre alt, aus Kalenborn, wurde getötet, ein 20jähriger Mitfahrer lebensgefährlich verletzt.

Drei Personen an Typhus gestorben. In Hallstadt bei Bamberg sind an Typhus drei Personen gestorben, vier Typhusträger liegen noch im bamberger Krankenhaus. Die Schulen wurden geschlossen. Amtliche Untersuchungen haben ergeben, daß der durch Hallstadt fließende Mühlbach auf seinem Weg durch das Elertal verseucht wurde und die Krankheits-träger mit sich führt.

Steinwürfe gegen die österreichische Gesandtschaft in Berlin. Unbekannte Täter haben nachts zwei in rote Tücher eingewickelte Steine gegen das Eingangstor der österreichischen Gesandtschaft in Berlin geworfen. Der eine Stein traf sein Ziel nicht, während durch den anderen die linke Scheibe des Tors zertrümmert wurde. Die Täter, in die die Steine eingeworfen waren, trugen kommunistische Aufschriften.

Methyllalkohol getrunken und gestorben. In Stockholm sind fünf Personen an Vergiftung gestorben und zwei Personen erblindet, nachdem sie Alkohol, der aus Holz gewonnen war, getrunken hatten.

Seiner Frau die Zunge abgeschnitten. Wie aus Strebica (Südbanien) berichtet wird, schnitt der Landwirt Miloschewitsch seiner Frau die Zunge ab. Er war mit ihr im Streit geraten und hatte sich jeden Widerspruch verboten. Da die Frau nicht gehorchte, band er sie an einen Baum im Hofe, erfaßte mit einer Zange die Zunge und trennte sie mit einem Messer ab.

Weitere Schwalbentransporte des Wiener Tierchuhvereins. In einem Sonderflugzeug ist in Konstantinopel eine Schar Schwalben aus Wien eingetroffen, und bei warmen Wetter freigelassen worden. Es waren 4000 Vögel, die der Wiener Tierchuhverein nach Konstantinopel geschickt hatte. Einige haben die Reise nicht überstanden, aber die meisten kamen wohlbehalten an und flatterten bald in den blauen Himmel. Ein weiteres Flugzeug mit 5000 Schwalben kam aus Budapest an.

1000 Todesopfer der Cholera. Im Irak (Mesopotamien) ist eine schwere Choleraepidemie ausgebrochen, die bisher über 1000 Todesopfer gefordert hat. In Basra allein wurden über 1000 Fälle festgestellt, von denen über 500 tödlich verliefen.

Der Funke des Katapultfluges der „Bremen“ gefunden. Wie aus Halifax gemeldet wird, ist die Leiche des Funkerjüngsten Wagentrecht vom Katapult-Flugzeug der „Bremen“ geborgen worden. Er wurde ebenso wie der Pilot Simon zunächst in dem kanadischen Hafenstädtchen Parrsboro aufgebahrt. Die Särge sollen dann nach Deutschland übergeführt werden.

Boxkampf in Amerika. Auf dem Ebbelsfeld in New York kam vor 40000 Zuschauern der schon zweimal verschobene Boxkampf zwischen dem italienischen Ueberringergewichtler Camerata und dem Amerikaner Charley zum Austrag. Der Kampf ging über die angelegten Runden und endete mit dem überlegenen Punktfieg Charley, der den Italiener in der vierten Runde für kurze Zeit zu Boden geschlagen hatte.

Zusammenstoß in der Luft.

Paris, 14. Okt. Ueber dem Marineflugplatz von Cuers, bekannt durch die Notlandung des „Graf Zeppelin“, stießen zwei Marineflugzeuge in einer Höhe von 300 Metern zusammen. Beide Flugzeuge gingen in Trümmer und zerfielen auf dem Boden. Vier Mann der Besatzungen waren sofort tot, ein Mann wurde schwer verletzt. Dem sechsten gelang es, mit dem Fallschirm abzuspringen, er trug nur leichtere Verletzungen davon. Die Geschwaderchef hatte ausdrücklich angeordnet, daß die Flugzeuge in verschiedenen Höhen fliegen sollten, um Zusammenstöße zu vermeiden.

Angriffe auf ein spanisches Kloster.

Sanlúcar, 14. Okt. Hier kam es zu Störungen einer Prozession. Die Manifestanten versuchten auch, das Tor der Carmeliterkirche in Brand zu stecken, nachdem sie es mit Benzin begossen hatten. Der Feuerwehr gelang es jedoch, den Brand zu verheben. Die Gendarmerie hat eine Ueberwachung des Klosters eingerichtet.

Deichbruch in Japan. — Mehr als 200 Personen ertrunken.

Osaka, 14. Okt. Wie die Zeitung „Mainichi“ meldet, ist im Distrikt Miya ein Deich infolge Hochwassers gebrochen. Die Wassermassen ergossen sich in mehrere Dörfer, wo sie alles zerstörten. Mehr als 200 Personen sollen ertrunken sein.

„Deutsch lehren — grober Unfug!“

Das polnische Gericht in Albenau verurteilte Frä. Anni Gonschorek wegen „verbotenen Unterrichts der deutschen Sprache“ zu 14 Tagen Gefängnis. Um die Lehrerin verurteilen zu können, wurde sie auf Grund des Paragraphen 360 des Strafgesetzes angeklagt, der mit 150 Mark oder Haft jeden bedroht, der in ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt oder wer groben Unfug verübt.

Die Sklarets vor Gericht.

Beginn des großen Skandalprozesses.

Berlin, 13. Okt.

Am Dienstag begannen im Kriminalgericht die Verhandlungen gegen die drei Brüder Sklarek und ihre Helfer. Das Kernstück des Prozesses ist der Betrug an der Berliner Stadtbank, die durch insgesamt 218 gefälschte Unterschriften um etwa 10 Millionen Mark geschädigt worden ist. Die Vorermittlungen für den Prozeß haben etwa zwei Jahre in Anspruch genommen.

Entgegen den Erwartungen war der Publikumsandrang zu dem Prozeß auffallend schwach. Den Vorsitz führt Amtsgerichtsrat Kehler, die Staatsanwaltschaft ist durch Oberstaatsanwalt von Steinacker vertreten. Schöffen und Hilsschöffen sind zwei Arbeiter, ein Schneider und ein Motoren-schlosser.

Der Angeklagte Max Sklarek war nicht anwesend. Sein Anwalt legte ein ärztliches Zeugnis vor, daß Max Sklarek an Nierenkrümmung und Herzmuskelchwäche leide und infolgedessen nicht verhandlungsfähig sei. Die übrigen Angeklagten waren zur Stelle. Es sind dies: Leo und Willi Sklarek, die Buchhalter Lehmann und Tuch, die Stadtbankdirektoren Schmitt und Hoffmann, Bürgermeister Kohl, Sachwalter, Schneider und Luding und die früheren Stadträte Gaebel und Degner.

Für den als Nebenkläger zugelassenen Verein gegen das Bestechungswesen nimmt Dr. Kehler an der Verhandlung teil.

Sämtliche zwölf Angeklagte sind bisher unbestraft. Der Eröffnungsbeschluss legt den drei Hauptangeklagten, den Brüdern Sklarek, Betrug, Urkundenfälschung, aktive Beamtenbestechung und Kontursvergehen zur Last. Die Buchhalter Lehmann und Tuch sind der Beihilfe angeklagt. Die Stadtbankdirektoren Schmitt und Hoffmann, die Bürgermeister Kohl und Schneider, die Stadträte Degener und Gaebel sowie der Bücherrevisor Luding werden der passiven Beamtenbestechung und Satisfaktions-träger mit sich führt.

Anträge der Verteidigung, das Gericht für unzuständig zu erklären, werden abgelehnt. Das Verfahren gegen den Angeklagten Max Sklarek wird abgetrennt und die Verhandlung gegen ihn vertagt, da Max Sklarek nach ärztlichem Gutachten verhandlungsunfähig ist.

Bei ihrer Vernehmung erklärten die — mit Ausnahme der Brüder Sklarek — vom Vorsitzenden befragten Angeklagten, daß sie unschuldig seien. Leo Sklarek, der sich zur Anklage äußern sollte, sagte: „Ich habe die Anklageschrift nicht gelesen. Ich habe mir nur die ersten Seiten angesehen, und weil da alles verkehrt war, sie meinem Anwalt gegeben.“ Aus der Vernehmung ergibt sich, daß der Vater der Brüder Sklarek aus Russland eingewandert ist; die Mutter war eine Deutsche. Leo Sklarek erklärte, daß er sich im Kriege freiwillig gemeldet habe. Dazu stellt der Vorsitzende fest, daß dies erst ein halbes Jahr später erfolgt sei, und daß er zunächst Heereslieferungen gehabt habe.

Attentäter Matuschka.

Um die Eisenbahnkassette in Via Torbagny und Jüterbog. Wien, 13. Oktober.

Der unter dem Verdacht der Mittäterschaft bei dem Eisenbahnattentat in Via Torbagny verhaftete Kaufmann Silvester Matuschka hat während der polizeilichen Vernehmung ein Teilgeständnis abgelegt, das allerdings noch reichlich dunkel und phantastisch ist. Matuschka gab an, daß er einem ihm nicht mehr bekannten Mann auf dessen Aufforderung das Ekrafit gekauft und auch dem Unbekannten übergeben habe. Er habe ihm auch einige Sprengkapseln verschafft, alles in Kenntnis dessen, daß das Ekrafit und die Sprengkapseln für ein Attentat verwendet werden sollten. Es sollte, sagte der Unbekannte nach den Aussagen Matuschkas, einem Pakt zugehen.

Matuschka gab auch zu, zur Zeit der Attentate bei Jüterbog und bei Via Torbagny mit dem Manne, von dem er nichts mehr wissen will, in Berlin und in Budapest gewesen zu sein. Er bestritt aber, an dem Attentat bei Jüterbog beteiligt gewesen zu sein. Auch bei dem Attentat bei Via Torbagny will er unmittelbar nicht mitgewirkt haben. Matuschka behauptet ferner, daß er in dem D-Zuge, der bei Via Torbagny verunglückte, gefahren sei. Er widerrief seine früheren Angaben, daß er in einem der abgeführten Waggonen gefahren habe, erklärte hingegen, daß er in dem Waggon gewesen sei, der mit den zwei anderen nach der Katastrophe vor dem Viadukt stehen geblieben ist. Damit erklärte Matuschka, daß er nur leichte Verletzungen erlitten hat, die lediglich von Glassplittern herrühren.

Die angeblich Mithschuldigen.

Nach einer weiteren Meldung aus Wien hat Matuschka am Dienstag die Namen mehrerer Personen aus Wien, Budapest und Berlin angegeben, die an den Eisenbahnanschlägen von Jüterbog und Via Torbagny beteiligt gewesen sein sollen.

Die Polizeibehörden von Wien, Budapest und Berlin sind von diesen Angaben durch Funkpruch verständigt worden. Man hegt jedoch die Ansicht, daß die Namen von Matuschka vermutlich fingiert worden sind, um die Spur der wahren Mithschuldigen zu verwischen.

Matuschkas Geständnis auf Wahrheit beruhend.

Laut Wiener Polizeikorrepondenz sind die Angaben Matuschkas über seine Reise nach Berlin, soweit bisher festgestellt werden konnte, richtig.

Nach einer Mitteilung des Polizeivizepräsidenten Brandl beruht das ganze Geständnis Matuschkas zum größten Teil auf Wahrheit. Die Verhaftung weiterer Personen, die der Teilnahme am Attentat von Via Torbagny verdächtig sind, soll bevorstehen.

Auf zum Herbstmarkt, aber zuerst zu TIETZ

Wollen Sie sich eine besonders große Jahrmarktsfreude machen, dann kommen Sie zu uns. Bei uns erhalten Sie alle Herbst- und Winterartikel zu niedrigsten Preisen. Bei einem Einkauf von 3.— M. an einen Riesen-Luftballon gratis! Am Markttage ist unser Geschäft durchgehend geöffnet.

SIEGEN, am Markt.

Umtliches.

Verordnung

über das Auslegen von Gift in Feld und Flur.

Preuß. Gesetzsamml. S. 210. Vom 16. September 1931.
Auf Grund des § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes im Wortlaut der Bekanntmachung vom 21. Januar 1926 (Gesetzsamml. S. 83) wird für den Umfang des Staatsgebiets folgendes verordnet:

§ 1.

Das Auslegen von Gift sowie von vergifteten Ködern, Giftbrocken und dergl. in Feld und Flur ist mit Ausnahme der in den §§ 3—5 vorgesehenen Fälle verboten.

§ 2.

Als Auslegen in Feld und Flur gilt jedes Auslegen außerhalb von Gebäuden oder außerhalb des sonstigen befriedeten Besitzums.

Als Gift im Sinne dieser Verordnung gelten die in Anlage I der Ministerial-Polizeiverordnung vom 22. Februar 1906, betr. den Handel mit Giften (Min.-Bl. d. i. V. S. 42) sowie in den Nachträgen und Ergänzungen hierzu aufgeführten Drogen, chemischen Präparate und Zubereitungen jedoch mit Ausnahme der Meeresviebelpräparate. Die Verordnung vom 22. Febr. 1906 bleibt im übrigen unberührt.

Die Vergiftung der Erdbäue schädlicher Tiere, das Ausstreuen von Giften aus Flugzeugen sowie die Verwendung von Giften bei der Bekämpfung von Schnecken, Insekten und Würmern fällt nicht unter diese Verordnung. Ebenso bleibt das Auslegen von Gift zur Durchführung wissenschaftlicher Versuche durch die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft, die Hauptstellen für Pflanzenschutz oder staatliche wissenschaftliche Institute und Anstalten gestattet.

§ 3.

Zum Vergiften von Mäusen und Ratten dürfen Giftgetreide, Phosphorlatverge und damit behandelte Köder ausgelegt werden. Das Giftgetreide muß als solches durch auffällige rote Färbung kenntlich gemacht werden. Es ist entweder in die Baue (Erdböcher) der Tiere selbst einzubringen (z. B. mittels Gefäßflinte) oder so verdeckt (z. B. in Röhren) auszuliegen, daß andere Tiere nicht daran gelangen können. Phosphorlatverge und damit behandelte Köder dürfen nur in die Erdböcher selbst eingebracht werden.

§ 4.

Zum Vergiften von Nebel- und Rabenträhen sowie von Elstern dürfen mit Phosphorlatverge vergiftete Eier ausgelegt werden. Spätestens drei Tage nach dem Auslegen sind die nicht aufgenommenen Eier einzusammeln und zu vernichten, ebenso etwa vorgefundene Kadaver.

§ 5.

Zur Bekämpfung von wildernden Hunden oder Raben kann vergiftetes Luder ausgelegt werden. Die Auslegung bedarf der Genehmigung des Landrats, in Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde. Die Genehmigung darf nur dem Grundstückbesitzer oder, soweit es sich um den Schutz der Jagd handelt, dem Jagdausübungsberechtigten gegeben und nur dann erteilt werden, wenn glaubhaft gemacht wird, daß durch die vergiftenden Tiere ein erheblicher wirtschaftlicher Schaden angerichtet wird. In der Genehmigung ist das anzulegende Gift anzugeben.

Der Auslegeplatz ist durch eine Warnungstafel zu kennzeichnen.

§ 6.

Werden in der Nähe von Giftauslegeplätzen totes Wild oder Nahrungsmittel oder tote Kolltraben gefunden, von denen anzunehmen ist, daß sie durch Vergiftung eingegangen sind, so ist das Giftauslegen sofort einzustellen. Das außerhalb der Erdböcher ausgelegte Gift ist sofort einzusammeln und zu vernichten.

§ 7.

Die Stellen, an denen das Gift ausgelegt ist, sind bei längerer Dauer der Auslegung täglich, bei entfernteren Auslegeplätzen mindestens jeden zweiten Tag nachzusehen. Das Auslegen und das Wiedereinsammeln des Giftes sowie das Nachsehen der Auslegestellen darf nur durch zuverlässige Personen vorgenommen werden.

§ 8.

Es ist verboten, Vergiftungsmittel (Giftbrocken, -Köder, -Kapseln, -Ampullen und dergl.) anderer als der in §§ 3 und 4 bezeichneten Arten zur Verwendung in Feld und Flur anzubieten.

Zu widerhandelnde haben außer der Bestrafung nach § 10 die Zurücknahme der Erlaubnis zum Handel mit Giften zu gewärtigen.

§ 9.

Personen, die bei der Auslegung von Gift gegen die Vorschriften dieser Verordnung verstoßen oder sich dabei sonst als unzuverlässig erweisen, kann durch Verfügung des Landrats, in Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde, das weitere Auslegen von Gift untersagt oder die Einholung einer polizeilichen Genehmigung vorgeschrieben werden.

§ 10.

Wer entgegen den Vorschriften dieser Verordnung Gift in Feld und Flur auslegt, oder sonst den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit Haft bestraft, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine härtere Strafe verurteilt ist.

§ 11.

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1931 in Kraft. Gleichzeitig treten alle Verordnungen nachgeordneter Behörden über das Auslegen von Gift in Feld und Flur außer Kraft.

Unberührt bleiben die Verordnungen, nach denen zum Schutze des Kolltraben das Auslegen von Gift gegen Krähen verboten ist.

Berlin, den 16. September 1931.

Der Preuß. Minister für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten, gez. Steiger.

Veröffentlicht. Berlin, den 10. Oktober 1931.

Der Landrat. S. V.: Meisheimer, Kreisdep.



48

Direktor Stenglin öffnete die Tür.

„Abelina?“

„Wir haben heute einen Gast. Nicht wahr, Herr Schröder, Sie bleiben den Nachmittag bei uns, denn Sie haben ja wohl keine Freunde in Rio. Dann mach meinen Koffer zurecht, ich muß heute abend mit Herrn Schröder nach Sao Paulo fahren.“

Wolfgang schloß seine Hand.

„Ich danke Ihnen.“

„Kommen Sie, junger Freund, wir rauchen eine Zigarre und gehen, bis —“

„Ichzeit ist, noch ein wenig spazieren. Ich muß noch mehr über alle die Dinge wissen, ehe ich handeln kann.“

Abelina wunderte sich. Es war sonst gewiß nicht des Vaters Art, einen fremden jungen Menschen nicht nur einzuladen, sondern, wie er es jetzt tat, seinen Arm unter den des Fremden zu schieben, als sei er ein alter Freund, und mit ihm spazieren zu gehen.

Am Nachmittag fuhr Stenglin in die Stadt.

„Spielen Sie Tennis?“

„Leider nein.“

„Golf?“

„Wirklich, gar nichts, dazu hatte ich keine Zeit.“

„Dann also unterhalten Sie unsern Gast. Herr Schröder ist Betriebsleiter der Müllerwerke. Laßt euch erzählen. Da sieht man, daß einer, der etwas kann und der sich regt, auch zu etwas kommt.“

Wolfgang wurde rot vor Verlegenheit, dann aber saß er bei Frau und Fräulein Stenglin in der Gartenlaube und mußte von sich und seinem Leben erzählen.

Es waren vielleicht vier Stunden vergangen, als Direktor Stenglin zurückkehrte, und zwar in Begleitung eines alten, sehr gut aussehenden Herrn, dem ein Diener einen kleinen Koffer nachtrug. Der Gast wurde in das Arbeitszimmer geführt, und dann rief Stenglin Wolfgang.

„Lieber Herr Schröder, wollen Sie die Güte haben, diesem Herrn alles, was Sie mir gesagt haben, zu wiederholen.“

Wolfgang zögerte.

„Ich weiß nicht, ob ich berechtigt bin.“

„Auf meine Verantwortung. Wenn es irgend jemanden gibt, der helfen kann, dann ist es dieser Herr. Ich möchte Ihnen vorher den Namen nicht nennen, damit Sie nicht befangen sind, aber er weiß über Sie Bescheid. Sie hatten die Freundlichkeit, mir Ihre Zeugnisse, die Sie zu meiner Information mitbrachten, zu geben. Ebenfalls Ihren Anstellungsvertrag bei Enrico Müller. Er hat beides gelesen.“

Im Augenblick war Wolfgang etwas peinlich berührt, aber die Art des Fremden hatte etwas so Sicheres, so freundlich Vertrauens, daß er Vertrauen faßte. Jetzt sagte der Herr:

„Es ist vielleicht möglich, daß ich helfen kann, wenn überhaupt Hilfe möglich. Erzählen Sie recht ausführlich. Wie Herr Montanus nach Sao Paulo kam, wie es möglich war, daß er so rasch der Schwiegerjohn des Herrn Enrico Müller wurde, was Sie von seinem Charakter und seinem Verhältnis zu seiner jungen Frau wissen, und wie diese Sache mit der Untergrundbahn zustande kam. Ich interessiere mich ganz besonders für die Person des Herrn Montanus.“

Ein Verstehen judte in ihm auf.

„Sie sind von der Polizei?“

„Jetzt lachten die beiden.“

„Das nicht, aber — wirklich — Herr Direktor Stenglin hat recht. Sie können volles Vertrauen zu mir haben.“

Wolfgang begann zögernd, wußte noch jetzt nicht, ob er sich keines Unrechtes schuldig machte, aber er überwand seine Scheu. Dieser alte Herr hatte eine merkwürdige Gabe, ihm seinen Bericht durch Fragen, die selbst nachschuldig waren, zu unterstützen.

Es wurde ein langer Vortrag, fast ein Vortrag, dann aber hatte er alles gesagt. Wie Alexander nach Sao Paulo kam, wie er zuerst als Zeichner arbeitete und Enrico Müller selbst ihn dann zu sich zog.

Er machte Montanus nicht schlecht. Im Gegenteil, er hob hervor, daß er fleißig war, daß er bescheiden lebte, daß er selbst an das große Unternehmen glaubte!

Ganz zufällig kam dabei auch seine eigene Tätigkeit, sein rascher Aufstieg zur Silberbergung. Der alte Herr wurde immer freundlicher.

„Und nun sagen Sie mir bitte, wie denken Sie selbst über die Sache?“

„Ich bin eigentlich noch zu kurze Zeit im Lande und bin selbst noch zu unerfahren und zu jung, um mir ein abschließendes Urteil erlauben zu dürfen, aber — der Plan kann gut sein, kann in der Zukunft sehr große Einnahmen bringen, aber das ist eine Sache für das Großkapital. Vielleicht für die Montanuswerke, wenn diese reich genug sind, aber nicht für Enrico Müller.“

Es ist ein Jammer! Ich habe getan, was ich konnte, um abzuwarten — es war vergebens, und ich fürchte, nun ist es zu spät. Herr Enrico Müller hat sich auch in mir getäuscht. Ich war nicht der Mann, der seine Tochter von dem Unglück bewahren konnte, das weiß Gott schneller gekommen ist, als ich dachte.“

Der alte Herr wandte sich an Stenglin.

„Ich denke, wir fahren mit dem Nachschneellzug nach Sao Paulo. Herr Schröder, jetzt haben Sie ein Recht darauf, zu wissen, zu wem Sie das Vertrauen hatten. Ich bin Kommerzienrat Montanus aus Breslau. Ich habe mit Absicht nicht geantwortet, weil ich meinen Neffen überraschen und klar sehen wollte. Ich bin mit der „Sierra Cordoba“ heute morgen in Rio angekommen, und mein alter Freund Stenglin wußte, daß ich im Copacabanahotel wohnte. Übrigens ist mit demselben Dampfer auch eine Frau Erna Montanus gekommen, die wahrscheinlich die Tochter des Herrn Enrico Müller ist. Sie blieb völlig zurückgezogen, und ich habe mit Absicht vermieden, ihr näher zu treten.“

„Herr Kommerzienrat — helfen Sie der Firma!“

„Wollen Sie, was möglich ist, lassen Sie uns alles weitere auf Sao Paulo vertragen.“

Es gab einen raschen Imbiß, dann gingen die drei Herren zur Kasse. Auch Abelina war in ihrer Begleitung. Im letzten Augenblick hatte er der Vater gewollt.



Ich rate Ihnen

wählen Sie
jetzt für Herbst u. Winter die
gesunde und reinwollene
Bleyle-Kleidung
Sie ist die vornehmste und
im Gebrauch die billigste.

Ein Bleyle-Kauf enttäuscht nie!
Fr. Loos I, Laasphe

Bekanntmachung.

An die umgehende Ablieferung
der Hauslisten wird erinnert.
Laasphe, den 10. Okt. 1931.
Der Magistrat: Pränger.

1 oder 2 möblierte Zimmer
zu vermieten. Zu erfragen unter
W. B. 87 in der Geschäftsstelle der
Wittgensteiner Zeitung.

Geld

für alle Zwecke, bequeme Tilgung.
Man wende sich vertrauensvoll an:
Finanzierungsbüro Köln,
Gereonshaus, Zimmer 169.
Vertreter werden noch eingestellt.

Preuß. Südd. Staatslotterie

Lose $\frac{1}{8}$ $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{1}$ Doppellos
RM 5.- 10.- 20.- 40.- 80.-

Gewinnliste und Porto RM 0.35
für jede Klasse

5 Ziehungen

Ziehung 1. Klasse
21. und 22. Oktober

Sieben

Staatl. Lotterie-Einnahme

Altena i. Westf.

Fernruf 2374

Gegen üblen Mundgeruch

„Ich will nicht
Lung zu machen, daß ich jelt dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste, „Chlorodont“,
nicht nur reine, weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üb-
lichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihre Chlorodont auf beste
empfehlen.“ gez. E. G. Mainz. Man verlange nur die echte Chlorodont-
Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und weisse jeden Erfolg dafür zurück.“

„Ich soll mit? Ich soll den Mann lieben?“
„Das wird hoffentlich nicht nötig sein, aber — es könnte
möglich sein, daß die junge Frau eine Freundin braucht.“

Abelina überlegte. Sie zürnte Erna, sie dachte von ihr ge-
ring, seit sie den „Hochstapler“ geheiratet hatte. Da trat Wolf-
gang auf sie zu.

„Kommen Sie mit, gnädiges Fräulein. Sie tun Frau Mon-
tanus Unrecht. Sie ist eine außergewöhnliche Frau, die jeder be-
wundern muß. Es war der letzte Wunsch, den ihr sterbender
Vater hatte, daß sie Montanus heiratete, und sie liebte ihn. Ihn
lieben sie alle!“

(Fortf. folgt.)